

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1/2
Fernsprecher: Amt F 7 Jannowitz 6191

Berlin, den 10. Dezember 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Kommt die 40 stündige gesetzliche Arbeitszeit?

Nach vierzehntagelangem Rätselraten, Verhandlungen und dauernd sich widersprechenden Mitteilungen der Tagespresse hat nun doch Schleicher das Rennen gemacht. Papen ist nicht wieder ernannt worden, nachdem selbst unter den bisherigen Ministern Widerspruch dagegen laut geworden war. Aber die Presse berichtet doch auch, daß es dem Reichspräsidenten sehr schwer gefallen ist, Papen fallen zu lassen. Papen als Person ist zwar erledigt, aber ob das Papen-System damit endgültig verabschiedet wurde, bleibt erst abzuwarten. Unsere Leser finden an anderer Stelle das Schreiben Leiparts an den Reichswehrminister Schleicher, das am 29. November abgesandt worden ist. Dieser Brief und die Haltung der Gewerkschaften gewinnen natürlich erhöhte Bedeutung im jetzigen Augenblick durch die Ernennung Schleichers zum Reichskanzler. Die Gewerkschaften fordern vor allen Dingen die alsbaldige Aufhebung der Derordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 sowie die Verwendung der damit hinfälligen Neueinstellungsprämien von 700 Millionen Mark zur unverzüglichen

Finanzierung öffentlicher Arbeiten.

Vielleicht ist es ein kleiner Fingerzeig, daß heute endlich nach monatelanger Verzögerung der Volksentscheid grundsätzlich anerkannt worden ist. Es fragt sich nun, ob das neue Kabinett Schleicher diesem Volksentscheid zuvorkommen wird durch Aufhebung oder Neugestaltung der furchtbaren Papen-Verordnung, die so viel Unheil für die Arbeiterschaft mit sich gebracht hat und den Bestand des Tarifrechts schwer gefährdet. Wenn man den Pressestimmen über die Verhandlung der gesamten Gewerkschaften mit Schleicher im einzelnen trauen darf, so ist in der Tat eine gewisse Abkehr vom bisherigen System insofern gedacht, als nicht mehr länger dem Unternehmertum die „letzte Chance“ gegeben werden soll — wie Papen das formulierte. Denn diese Chance ist ja, das tritt immer klarer zutage, ohne ernstlichen Erfolg gewesen. Die Statistik der Gewerkschaften sowohl als auch die allgemeine Arbeitsmarkt-Statistik bilden dafür unwiderlegbare Beweise. Es gilt daher, andere Wege zu finden. Und wenn der Weg Schleichers über die

Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand

auch ebenso gut für verstärkten Staatskapitalismus sich auswirken kann, würde doch bei Verwendung der ersparten 700 Millionen unter Hinzunahme von weiteren 800 Millionen aus den Osthilfe-Geldern eine Finanzierung öffentlicher Arbeiten möglich sein, die den Arbeitsmarkt ganz bestimmt in sichtbarer Weise entlasten muß und uns zum mindesten über die furchtbaren Winternöte wesentlich besser hinweghilft.

Nicht minder wichtig aber ist für die gesamte Arbeitnehmerschaft der Gedanke, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich gesetzlich durchzuführen. Dabei ist an Arbeitnehmer aller Kategorien gedacht, also Arbeiter, Angestellte und Beamte. Selbstverständlich sind die Gewerkschaften der Meinung, daß nach dem furchtbaren Tiefstand der Löhne, den wir nunmehr erreicht haben, das Opfer der verkürzten Arbeitszeit nicht auch noch von den Arbeitnehmern getragen werden kann. Wir müssen also die Forderung auf Lohnausgleich auf der ganzen Linie stellen. Es liegen uns aus den verschiedensten Betrieben und Fachgruppen unseres Verbandes Lohnlisten vor, die unwiderleglich beweisen, daß der jetzige Stand der Löhne und Gehälter, besonders auch in den unteren Beamten- und Angestelltengruppen, nicht noch tiefer gesenkt werden kann.

Aber auch volkswirtschaftlich ist ein solcher Lohnausgleich unbedingt erforderlich. Die Fehlerexperimente Papens haben klipp und klar bewiesen: um der verstärkten Wirtschaftskrise, wie sie in Deutschland herrscht, endlich ein Paroli zu bieten,

muß die Kaufkraft der Massen unbedingt wieder gehoben werden.

Wir haben in Deutschland eine gute Ernte hinter uns. Getreide und Kartoffeln sind reichlich vorhanden. Kohle ruht in Mengen auf den Riesenhalden Westfalens, und in den großen Städten hungern und frieren die Massen. Es muß also die Möglichkeit geschaffen werden, den Massenkonsum wieder zu steigern. Auch aus diesem Grunde müßte eine gut beratene Regierung zu der Erkenntnis kommen, daß neben der Masseneinstellung von Arbeitnehmern in den öffentlichen Betrieben auch ein Lohnausgleich geschaffen werden muß, der dem einzelnen Haushalt die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden tragbar erscheinen läßt. Die Arbeitnehmer haben in den letzten Jahren der Krise unendlich viel Opfer tragen müssen. Unstet und unsicher ist das Los der Arbeiter, insbesondere in den Privatbetrieben — Handel, Transport und Verkehr — unseres Gesamt-Verbandes. Aber ebenso unerfreulich und unerträglich hat sich die fortgesetzte Lohnsenkung ausgewirkt in den öffentlichen Betrieben. Auch hier gibt es eine Grenze. Und diese Grenze ist erreicht.

Man soll nicht glauben, daß die Arbeitnehmerschaft Deutschlands auf die Dauer zu sklavenhaften Verhältnissen herabgedrückt werden kann. Die Stimmung in den Betrieben ist stark auf die Frage eingestellt: Was haben wir noch viel zu verlieren? Und darum soll man sich nicht so leichtfertig, wie es das Kabinett Papen getan hat, darüber hinwegsetzen, sondern jede Regierung sollte es als ihre Pflicht ansehen, in diesen Notzeiten ein Existenzminimum anzuerkennen.

Das neue Kabinett hat ohne Zweifel „eine Chance“. Schlechter als Papen regierte, ist es kaum denkbar. Es wäre keine große Kunst, es besser zu machen. Ob General von Schleicher wirklich der Mann ist, wie er es nach den Pressestimmen sein möchte, bleibt abzuwarten. Wir wollen uns keinerlei Illusionen hingeben, denn dazu sind die Zeiten zu ernst und die Erfahrungen zu zahlreich, die uns beweisen, daß die herrschenden Schichten von den Zeitverhältnissen wenig gelernt haben. Nur unter dem Schutz der Millionen Anhänger Hitlers konnte eine Papen-Regierung aufstauen und sich immerhin ein halbes Jahr halten. Nur unter der Colerierung der Nationalsozialisten ist auch ein Kabinett Schleicher mit Zwickel-Bracht als Innenminister möglich. Die Gewerkschaften haben gar keine Veranlassung, zurückzuhalten mit ihrer Auffassung, daß die „Offensive des Kapitalismus“ nur in ein neues Stadium getreten ist. Wir müssen alles daran wenden, um vereint mit der Sozialdemokratischen Partei den Weg wieder frei zu bekommen für volle Anwendung der Weimarer Verfassung und der parlamentarischen Demokratie.

Gewiß sind diese Wege zum Teil auch verkhüttet, weil die Einigkeit der Arbeitnehmer in Deutschland alles zu wünschen übrig läßt. Mit hemmungslosem Radikalismus allein kann man diese Welt der Wirtschaft und des Kapitals nicht bezwingen. Der Kampf der Arbeitnehmer bedarf Plan und Ziel. Unser Plan und damit der Wirtschaftsplan der freien Gewerkschaften deckt sich mit den Forderungen der deutschen Sozialdemokratie. Würden die Kommunisten in Erkenntnis der Schwierigkeit der Gesamtsituation Seite an Seite mit uns hierfür kämpfen, so unterliegt es keinem

Zweifel, wir könnten nicht nur in kurzer Frist die Hitler-Leute in die Flucht schlagen, sondern auch jeglichem „Präsident-Kabinett“ ein schleuniges Ende bereiten. Aber die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeitnehmerschaft ist noch nicht weit genug fortgeschritten. Wir müssen neue Aufklärungsarbeit auch hierfür leisten.

So ungünstig und schwierig auch die wirtschaftlichen Verhältnisse gegenwärtig sind, so günstig sind sie für unsere gewerkschaftliche Werbearbeit. Die Gewerkschaften ganz allgemein haben bewiesen, daß sie in diesen schweren Krisenzeiten eine unbedingte Notwendigkeit sind. Unser Gesamt-Verband im besonderen hat zäh, unermüdet und unerschüttert die Interessen seiner Mitglieder bis zum äußersten wahrgenommen mit sichtbarem Erfolg für den, der Augen hat, zu sehen und guten Willens ist. Denn ohne diesen guten und festen Willen könnten wir in diesen schweren Zeiten nicht bestehen. Darum bleibt es Aufgabe jedes einzelnen Funktionärs, ja jedes einzelnen Mitgliedes unserer großen Armee, mit äußerster Anspannung in diesen Tagen für Aufklärung unserer Anhängerschaft zu sorgen. Noch gibt es Hunderttausende, die in diesen wirren Zeiten ein schwankend Rohr im Winde sind. Manche scheuen auch die Opfer und vergessen, daß sie viel größere Opfer bringen müssen, weil unser Kampf nicht auf der ganzen Linie so strikt durchgeführt werden kann, wie es bei geschlossener Phalanx möglich wäre. Erweckt die Gleichgültigen und Launen! Rüttelt sie auf; denn in diesen ernsten Zeiten brauchen wir jeden Mann für unseren Abwehrkampf! E. D.

Brief des ADGB. an Minister Schleicher

„Sehr geehrter Herr Minister, unter Bezugnahme auf die gestrige mündliche Besprechung erlaube ich mir hiermit, Ihrem Wunsche gemäß unsere Auffassungen zu den mündlich behandelten Fragen wie folgt schriftlich mitzuteilen:

1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen Mark sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden.

Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind im ganzen Reich in 943 erfaßten Betrieben, die vorher 191 669 Arbeitskräfte beschäftigt hatten, nach der Verordnung vom 5. September 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Diese Angaben beruhen auf der Berichterstattung von 19 Zentralverbänden. Sie sind nach unserer Ueberzeugung umfassend genug, um daraus folgern zu können, daß der Anreiz der Prämien-Steuerergutscheine keinerlei nennenswerte Wirkung gehabt hat. Von unseren übrigen 11 Verbänden konnten Neueinstellungen überhaupt nicht festgestellt werden. Der größere Teil der Neueinstellungen entfällt auf die Textilindustrie (15 169) sowie auf die Metallindustrie und den Bergbau (12 638). Daß nennenswerte Fälle von Neueinstellungen der Berichterstattung unserer Verbände entgangen sein könnten, halten wir angesichts unserer weitverzweigten Organisation mit ihren über 13 000 Verwaltungsstellen und rund 100 000 Betriebsräten für ausgeschlossen.

Das in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September vorgesehene Recht der Unternehmer, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, hat eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts von vornherein verzichtet hat. In der Praxis hat sich dieser Teil der Verordnung als undurchführbar erwiesen. In 39 Betrieben mit 108 869 Beschäftigten hat die Belegschaft die Lohnkürzung abwehren können. Hierbei haben in vielen Fällen die Schlichtungsinstanzen mitgewirkt und den Arbeitern recht gegeben. Neueinstellungen fanden in 81 Betrieben statt. Immerhin sind in 544 Betrieben mit 125 018 Beschäftigten die vorher schon wiederholt gekürzten Löhne nochmals reduziert worden.

2. Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden.

Die Verordnung vom 5. September sollte bei den Arbeitgeberern einen Anreiz für die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden schaffen. Die Berichterstattung unserer Verbände zeigt, daß auch

in dieser Hinsicht das System des Anreizes vollständig versagt hat. In den Betrieben, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben,

	in Fällen:	für Beschäftigte
blieb die Arbeitszeit unverändert	528	129 811
wurde die Arbeitszeit verlängert	250	58 117
wurde die Arbeitszeit verkürzt	165	45 959

Verlängerte Arbeitszeit und Ueberstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus können angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht länger geduldet werden.

3. Das System der Steuerergutscheine ist dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuerergutscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können.

Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuerergutscheine läßt zwei Tatsachen unstreitig erkennen: Es hat sich insofern bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Krediterschöpfung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist; es hat insofern versagt, als es eine fühlbare Erweiterung der Produktion und Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht gereizt hat. Der größte Teil der jetzigen Steuerergutscheine verwandelt sich weder in Kapital noch in Kaufkraft, während ihre Verwendung zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung im Sinne der Vorschläge des Vorl. Reichswirtschaftsrats vom 12. März 1932 durch die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit voraussetzen läßt. Mit ihrer Hilfe kann auch die in letzter Zeit in den Hintergrund gedrängte Siedlungstätigkeit wieder stärker gefördert werden.

Diese von uns angeregten Maßnahmen würden etwa 1% Milliarden Mark ohne geringste Inflationsgefahr für die vom ganzen Volke ersehnte Arbeitsbeschaffung frei machen und die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitsloser unverzüglich ermöglichen. Damit wäre immerhin ein sichtbarer Anfang einer ernsthaften Arbeitsbeschaffung gemacht.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden;

die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden; jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben;

die Unabdingbarkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangetastet bleiben.“

Nachklänge zum BVG.-Streik

Zwei Wochen vor dem BVG.-Streik wetterte die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ in einem Artikel „Kritik und Leistung“ gegen die freien Gewerkschaften. Sie schreibt, „daß hinter vielen „milden“ Streiks, die gegen die Lohnkürzungen auf Grund der Septemberverordnungen durchgeführt wurden, die freien Gewerkschaften standen“. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ beklagt sich bitter, „daß die freien Gewerkschaften nicht einsehen wollen, daß in der Krise mit absoluter Sicherheit auch die Löhne zurückgehen müßten“. Zum Schluß wird der ganze Zorn der Scharfmacher in folgender grotesker Form zum Ausdruck gebracht:

„Die Gewerkschaften sind schwerbewegliche konservative Gebilde“, denn man kann: „keine Organisation, die die jeweils erreichte Lebensform so zäh gegen die Rückschläge verteidigt... wie die Gewerkschaften.“

Diese unbestreitbare Tatsache veranlaßt die vereinigten Arbeitgeberverbände, in der Krise mit allen Machtmitteln wirtschaftlicher und politischer Art den Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften zu führen. Als freiwillige Hilfsstruppe haben sie die Nazi-Bewegung gekauft. Als unfreiwillige Hilfsstruppen stellen sich ihnen die KPD. und deren „gewerkschaftliches“ Anhängsel — die RGO. — zur Verfügung. Der Streik bei der BVG. ist, wie jetzt wohl jedem Einsichtigen klar geworden ist, eine politische Bewegung gewesen, die nur den Zweck verfolgte, der SPD. und den Gewerkschaften Schaden zuzufügen. Als dieses Ziel erreicht schien, hat die RGO. auf Befehl der KPD. „zur rechten Zeit“, nachdem auch der Schiedsspruch für verbindlich erklärt war, den Streik abgebrochen. Das entspricht dem neuesten gewerkschaftlichen Kurs der RGO. Der Reichskongreß der RGO. und auch „Die Rote Fahne“ haben am 31. Mai und 10. Juni 1932 gefordert, daß die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen aufrechterhalten werden müsse. Die Konsequenz aus dieser Einstellung ist letzten Endes auch die Anerkennung der Rechtswirkung der Verbindlichkeitserklärung.

Eine Gegenüberstellung: Die Reformisten des Gesamt-Verbandes haben im Verhandlungswege 18 bis 21 Pf. von der Lohnabbauforderung der Direktion beseitigt. Die RGO. hat durch Arbeitseinstellung nicht einmal 2 Pf. retten können. Dasselbe trifft für die Nazi zu. Im „Angriff“ vom 5. November 1932 wird berichtet, daß Goebbels in einer Versammlung gefragt hat:

„Wollen Sie, meine Volksgenossen, daß der BVG.-Streik durchgeführt wird? 1500 Volksgenossen antworteten mit einem begeistertsten „Ja, Streik, Streik.“

Drei Tage später beschneigen sich die Bundesgenossen gegenseitig, daß immer der andere die BVG.-Kollegen verraten hat. Beide haben in dem Punkt vollkommen recht.

Der Streik bei der BVG. war ein entsprechend der neuesten Parole der Russischen Gewerkschafts-Internationale und der KPD. durchgeführter politischer Streik. In einer der vielen Resolutionen des Zentralkomitees der KPD. — siehe „Die Rote Fahne“ vom 27. März 1932 — wird die „Auslösung und Führung von Massenkämpfen durch die RGO.“ gefordert, um damit „die Zahl der für die KPD. abgegebenen Stimmen zu steigern“. Eine der vielen „Schwächen der RGO.“ wird wie folgt gebrandmarkt:

„Es ist den Kommunisten in der RGO. nicht gelungen, die Schwächen in der Frage der Streikmobilisierung... unter Führung der KPD.... während des Wahlkampfes zu überwinden.“

Also Streik, um der SPD. die Stimmen abzugeben und um gegen die Gewerkschaften Sturm zu laufen.

Der 5. Kongreß der RGO. (siehe „Die Rote Fahne“ vom 15. Juni 1932) verlangt von der RGO. „die selbständige Organisation und Führung solcher Kämpfe als strategische Hauptaufgabe“. Der Kongreß forderte:

„Die RGO. muß den ökonomischen Kampf um die kleinsten Forderungen geistlich mit dem politischen Kampf verbinden.“

Der Befehlsempfang, der nach Thälmann in der KPD. „leider Mode ist“, hat ordnungsmäßig geklappt. Der Streik bei der BVG. wurde „geschickt mit dem politischen Kampf verbunden“.

Anstatt nun stolz darauf zu sein, daß die neueste Parole so strikt befolgt wurde und politisch für die KPD. sich in Form von neuen Mandaten ausgewirkt hat, bestreitet man jetzt feige die intellektuelle Urheberchaft. In der „Roten Fahne“ vom 13. November 1932 wird unter der Schlagzeile „Zehnmal ver-raten“ behauptet, der „Vorwärts“ habe diesen Streik als „politisches Manöver“ bezeichnet, um damit die beim Streik Verhafteten den Sondergerichten als Hochverräter zu denunzieren. Diese Verleumdung ist so verächtlich, daß jedes Wort der Verteidigung überflüssig ist.

Das Ungeheuerlichste ist aber, daß die Bezirksleitung Berlin der KPD. in derselben Nummer der „Roten Fahne“ ebenfalls, und zwar freudestrahlend feststellt:

„So erhob sich dieser Streik gegen die 2 Pf. Lohnabbau von der ersten Stunde an auf die Ebene eines politischen Kampfes.“

In der „Roten Fahne“ bescheinigt der eine Redakteur dem anderen Genossen, daß er ein Lump ist, der die aus Anlaß des Streiks verhafteten Arbeiter den Sondergerichten als Hochverräter denunziert. Sie müssen sich ja gegenseitig sehr gut kennen. „Die Rote Fahne“ hält in der Nummer vom 23. November 1932 eine Nachlese. Zuerst wird freudestrahlend herausgestellt, „wozu der Sympathiestreik“ der Müllabfuhr in Szene gesetzt wurde:

„Wir von der Müllabfuhr haben einen Sympathiestreik gegen — die Gewerkschaften durchgeführt.“

Dann reitet Thälmann selbst in die Arena. Auf dem Bezirksparteitag Berlin der KPD. sagte er:

„Das Versagen (der KPD.) — am 20. Juli 1932 — (die zum Generalkstreik in Berlin aufgerufen hatte, aber nicht einen einzigen ihrer Anhänger aus dem Betrieb bekam) ... sind keine Kleinigkeiten.“

Darum mußte der Versuch zum 6. November unternommen werden, der aber auch nur zu einem Teil geglückt war. Thälmann behauptet:

„Trotzdem gelang uns die geschlossene Auslösung und nahezu geschlossene Durchführung des Streiks.“

Für die Kollegen der BVG. aber ohne jeden wirtschaftlichen Erfolg. Nur der politische Erfolg für die KPD. wird von Thälmann gefeiert:

„So war der BVG.-Streik die bisher stärkste positive revolutionäre Leistung der Partei“ (und nicht der RGO. D. R.).

Dafür wird den Genossen, die ihre Pflichten erfüllten, der „tieffste revolutionäre Dank“ ausgesprochen. Aber zu gleicher Zeit bekennt sich Thälmann auf seine Generalswürde und haucht seine „Getreuen“ ganz energisch wegen revolutionärer Pflichtverletzung an:

„Selbstverständlich zeigten sich dabei (bei dem Streik) ernste Mängel und Schwächen.“

Daß das bei der KPD. so „selbstverständlich“ ist, ist ein bezeichnendes Bekenntnis. Thälmann fragt: „Worin bestanden die Hauptschwächen?“ (Wieviel schwache Seiten insgesamt vorhanden, wird nicht verraten.) Er beantwortet die Frage selbst:

„Erstens, unsere Parteiorganisation (die also den Streik tatsächlich führte), muß sich erst die Erfahrung in der Auslösung und Führung von Aktionen und Kämpfen auf so hoher Stufe (am 2 Pf. Lohn. D. Red.) aneignen, muß erst die Führung der Streik-kämpfe... lernen.“

Dieses vernichtende Urteil des Oberkommandierenden der KPD. können wir nur vollinhaltlich unterschreiben. Das Lehrgeld zahlten die über 2000 entlassenen BVG.-Kollegen mit ihrer Existenz. Wären den Kollegen diese Geständnisse vor dem Streik gemacht worden, dann würden sie sich dafür bedankt haben, in den Streik zu treten.

Paul Schulz

KOLLEGEN!

Lest
aufmerksam eure
Verbandspresse!
Gebt
sie weiter an die
Unorganisierten!

Gemeindearbeitertarife im Lichte der Unternehmerrkritik

Mit unverhüllter Schärfe versuchen die kapitalistischen Wirtschaftskreise, die Tarifverträge für die Arbeiter und Angestellten der Gemeinden ununterbrochen anzugreifen. Ihnen sind die Löhne immer noch nicht genug gesenkt und die sozialen Bestimmungen unserer Tarifverträge sind ihnen ein Dorn im Auge. Die schwere und verantwortungsvolle Arbeit unserer bei den Gemeinden beschäftigten Kollegen wird herabgewürdigt mit dem ausgesprochenen Ziel, die soziale Lage aller bei den Gemeinden Beschäftigten unerträglich zu verschlechtern. Die herrschende Wirtschaftskrise soll dazu benutzt werden, das Lohnniveau weiter zu senken, und die sozialen Errungenschaften sollen beseitigt werden. Unfreiwillig erkennen bei ihren Kritiken die Arbeitgeber an, was der Gesamtverband für seine Mitglieder geleistet hat. So schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Blatt der Schwerindustrie, in einem Artikel „Die Sünden der Gemeinden“ folgendes:

„... Ueber die kommunale Lohnpolitik insbesondere haben wir uns in der letzten Zeit sehr deutlich und mehrfach ausgesprochen. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß in der Vergangenheit die kommunalen Arbeiter wesentlich über die entsprechenden Leistungsbezüge der in der Privatindustrie beschäftigten Arbeiter entlohnt worden sind. Das gilt sowohl für die Höhe des Einzellohnes als auch für die übrigen Arbeitsbedingungen — Familienzuschläge und dergleichen...“

„Der Arbeitgeber“, die Zeitschrift der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, veröffentlicht in seiner Nummer 22 vom 15. November 1932 einen Artikel „Sparmöglichkeiten in den kommunalen Haushalten“. Der Artikelschreiber kritisiert die nach seiner Meinung überspannte kommunale Sozialpolitik. In diesem Artikel ist der Inhalt unserer Verträge nicht immer richtig wiedergegeben, Ausnahmefälle werden systematisch verallgemeinert immer mit dem gleichen Ziel, eine Verschlechterung der sozialen Bestimmungen unserer Verträge zu erreichen. Dennoch kennzeichnet nichts besser die Arbeit unseres Verbandes im Interesse unserer Kollegen als dieser Artikel, aus dem wir folgende Auszüge wiedergeben:

„... Auch die Arbeiterlöhne haben — allerdings mit unverständlicher Verzögerung — einen Abbau erfahren; ebenso sind Arbeitszeitverlängerungen vorgenommen worden. Doch in den sonstigen Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeitnehmer, an den im städtischen Beamtentum und in den kommunalen Tarifverträgen niedergelegten Bestimmungen sozialpolitischer Natur, die der Deffektivität so gut wie unbekannt sind, die aber der Gemeinde eine ungeheure Last an sozialen Leistungen auferlegen, ist bisher noch keine zeitgemäße Aenderung eingetreten. So wie diese Bestimmungen über Urlaub, Krankengeld, Ruhegehalt — um die wichtigsten herauszugreifen — unmittelbar nach dem Kriege und später während der Scheinblüte, in jener Ära der verschwenderischen Großzügigkeit entstanden sind, zu der sich die Stadtverwaltung leider auf so vielen anderen Gebieten hatte verleiten lassen, so bestehen sie auch heute noch fort und sichern damit dem städtischen Arbeitnehmer auch weiterhin den großen Vorsprung, den er seither gegenüber dem Arbeitnehmer in der Privatindustrie gehabt hat...“

In dem Artikel wird weiter gesagt, daß trotz der erfolgten Lohnsenkungen die Arbeiter der Stadt Berlin noch heute einen um durchschnittlich 15 Prozent höheren Lohn als die entsprechenden Arbeitnehmer der Privatindustrie beziehen. Bei den städtischen Angestellten liege der Lohn bis zu 50 Prozent höher. — Wörtlich heißt es dann weiter:

„... Dabei sind irgendwelche Gründe, die für eine gehaltliche Besserstellung des im öffentlichen Dienste tätigen Arbeitnehmers sprechen, nicht erkennbar. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall, denn es wird gern übersehen, daß der städtische Angestellte und Arbeiter sich gegenüber dem privaten Gehaltlich schon insofern erheblich im Vorteil befindet, als ihm — ohne eigene Zuzufuhrleistung — nach zehnjähriger Dienstzeit im Falle der Invalidität oder des Alters neben der reichsgesetzlichen Altersversorgung ein Ruhegehalt gewährt wird, das seinen Lohn- und Gehaltsstand gegenüber dem der privaten Arbeitnehmer um gut weitere 20 Prozent erhöht. Diese Ruhegehälter sind nicht etwa als bescheidene Zuschüsse zu den Renten aus der reichsgesetzlichen Invaliden- und Angestelltenversicherung aufzufassen, sondern werden nach den gleichen Grundsätzen wie die Pensionen der städtischen Beamten und Festangestellten, und diese wiederum wie die der unmittelsbaren Staatsbeamten errechnet. Sie beginnen bei 10jähriger Dienstzeit mit $\frac{35}{100}$ und steigen bis zu $\frac{80}{100}$ des Ruhegehaltsfähigen Arbeitsverdienstes unter teilweiser Anrechnung etwa bezogener reichsgesetzlicher Renten. Aus dem Umstand, daß beispielsweise ein städtischer Handwerker mit drei beihilfeberechtigten Familienangehörigen nach 30jähriger Dienstzeit ein Ruhegehalt in Höhe von etwa 150 Mk., ein Schulhausmeister oder Trichinenbeschauer mit dem gleichen Familienstand im 22. Dienstjahr ein Ruhegehalt von nahezu 200 Mk. erhalten, und zwar lediglich aus kommunalen Mitteln als zusätzliche Leistung zur reichsgesetzlichen Rente, ist zu erkennen, welche hohe Belastung der Stadt Berlin allein aus dieser Ruhegehaltseinrichtung erwächst und wie unerlässlich es daher für sie ist, für

diese Mehrausgaben soweit als möglich im Gehalts- und Lohnetat einen Ausgleich zu schaffen...“

Im „Arbeitgeber“ werden dann die übrigen in unseren Tarifverträgen verankerten sozialen Bestimmungen kritisiert. Doch lassen wir ihn selbst sprechen:

„... Es gibt kaum eine Bestimmung sozialpolitischer Art in den vielen Tarifverträgen, die zwischen dem kommunalen Arbeitgeberverband und den für die städtischen Arbeitnehmer zuständigen Gewerkschaften abgeschlossen worden sind, die nicht mehr oder minder weit über das Maß hinausgeht, das die Privatindustrie — oft nur unter großen Opfern — einzuhalten in der Lage ist... Andererseits bliebe unverständlich, daß beispielsweise dem städtischen Arbeiter im Krankheitsfalle der Lohn abzüglich des Krankengeldes nach einer Dienstzeit von 1 Jahr auf die Dauer von 13 Wochen, nach einer Dienstzeit von 3 Jahren auf die Dauer von 26 Wochen weitergewährt wird... Demgegenüber gibt es in der Privatindustrie wohl kaum einen Tarifvertrag, der dem Arbeiter im Krankheitsfalle über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus, d. h. für mehr als eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit, Fortzahlung des Lohnes gewährleistet, und wohl nur wenige Arbeitsordnungen, die diese abdingbare gesetzliche Vorfrist nicht in die Bestimmung umwandeln, daß nur die Zeit bezahlt wird, in der wirklich gearbeitet worden ist. Auch für die Angestellten in Privatbetrieben sieht weitaus die Mehrzahl der Tarifverträge die Fortzahlung des Gehalts für die dem Handlungsgehilfen eingeräumte Frist von lediglich 6 Wochen vor...“

Weiter moniert der Artikel die in unseren Tarifverträgen festgesetzte Kündigungsfrist. Dolkommen unmöglich sei aber der weitgehende Urlaub. Wörtlich:

„... Ganz unhaltbar aber, da selbst bei weitest gehendem sozialen Verständnis nicht zu rechtfertigen, sind die städtischen Tarifregelungen über die Urlaubsdauer der Arbeiter und Angestellten. Der Urlaub des Arbeiters bewegt sich zwischen 4 Kalendertagen nach dem ersten Dienstjahr und 20 Kalendertagen nach dem 20. Dienst- und 45. Lebensjahr. Die Urlaubszeiten der in privaten Betrieben beschäftigten Arbeiter dagegen gehen in der Regel nicht über 8 bis 10 Arbeitstage hinaus. Der Urlaubsanspruch des städtischen Angestellten ist gestaffelt zwischen 7 und 35 Kalendertagen, zu denen in der Zeit vom 1. November bis 30. April ein Zuschlag von maximal 7 Kalendertagen tritt, so daß also beispielsweise einem höherwertigen Techniker mit abgeschlossener technischer Mittelschulbildung und erreichtem 50. Lebensjahre schon nach 5jähriger Dienstzeit ein Urlaub von 42 Kalendertagen = 6 Wochen zusteht. Die Urlaubszeiten der Privatangestellten dagegen erstrecken sich in den unteren Lebens- und Dienstjahren auf weit (etwa um 50 Prozent) niedrigere Zeiten... Durchaus unzureichend wäre es jedoch, bei einer Kürzung der Urlaubszeiten etwa nur den Vorprung gegenüber der staatlichen Urlaubsregelung aufzugeben. Es muß einmal mit aller Offenheit ausgesprochen werden, daß auch die Urlaubszeiten, die Reich und Länder ihren Beamten einräumen, in den heutigen Zeiten nicht mehr zu verantworten sind...“

Ausführlich werden die Sparmöglichkeiten durch Einsparung von Beamtenstellen usw. besprochen und zum Schluß verlangt dann der Artikel Abbau der Sozialpolitik in den Gemeinden auch dann, wenn das Heer der Arbeitslosen noch vergrößert wird. Wörtlich heißt es:

„... Die Allgemeinheit wird heute für alle Maßnahmen, durch die lediglich die Folgen einer im krassen Mißverhältnis zur Wirtschaftslage stehenden Sozialpolitik auf ein vertretbares Maß zurückgeführt werden, volles Verständnis haben, selbst wenn dadurch die Zahl der Arbeitslosen — eine tiefbedauerliche Folge, die aber leider zunächst bei jeder zum Zweck der Gesundung ergriffenen Sparmaßnahme eintreten wird — vorübergehend eine Erhöhung erfahren sollte. Sie wird dagegen nicht begreifen können, daß ein Gemeinwesen, das zeitweise außerstande ist, seine Gehälter, Löhne, Lieferantenrechnungen zum vertraglich zugesicherten Zeitpunkt in voller Höhe auszusahlen, seine Tilgungstermine einzuhalten, es sich immer noch leisten kann, seiner Beamten- und Arbeitnehmerchaft Arbeitsbedingungen einzuräumen, die an Großzügigkeit kaum zu übertreffen sind.“

Die Arbeitgeber versuchen also, die Arbeiter der Privatbetriebe gegen den Abschluß unserer Verträge scharfzumachen. Der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird dieses sicherlich nicht gelingen. Die in den freien Gewerkschaften vereinigten Arbeitnehmer wissen sehr wohl, daß unser Kampf für Erhaltung und Ausbau unserer sozialen Tarifbestimmungen auch ihr Kampf ist.

Den Unorganisierten und den Kommunisten, welche seit Jahren nichts Besseres wissen, als die Arbeit der Gewerkschaften herunterzureißen, ohne selbst an einer Bessergestaltung unserer Tarifverträge mitzuarbeiten, sollten aber diese Artikel der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu denken geben. Unsere Kollegen müssen dafür Sorge tragen, daß für den auch weiterhin notwendigen Kampf eine geschlossene einheitliche Organisation vorhanden ist. Tue deshalb jeder, besonders in der jetzigen Werbezeit, seine Pflicht bei Werbung neuer Mitglieder für den Gesamt-Verband.

O r l o p p.

Unfallversicherung im Zeichen der Notverordnungen

Zum Bericht der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke

I.

In ihrem Verwaltungsbericht für das Jahr 1930 konnte die Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke feststellen, daß die gesetzgeberischen Maßnahmen dieses Jahres für das Recht der Reichsunfallversicherung nur geringe Bedeutung hatten. Lediglich die Gehaltskürzungs Vorschriften der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 berührten die Berufsgenossenschaft, da sie auch auf ihre Angestellten Anwendung fanden und dadurch auf den Genossenschaftshaushalt einwirkten.

Ein ganz anderes Bild zeigt der Verwaltungsbericht für das Jahr 1931. Fast zwei volle Druckseiten muß er den Änderungen des Unfallversicherungsrechts durch die Notverordnungen widmen.

Besondere Bedeutung haben die Verordnungen vom 8. Dezember 1931 und vom 14. Juni 1932. Die erstgenannte Verordnung brachte eine grundsätzliche Beseitigung der Unfallrenten von 10 Proz. und 15 Proz. Diese werden jetzt überhaupt nicht mehr gewährt. Renten von 20 Proz. fallen nach einer Bezugsdauer von zwei Jahren ebenfalls ohne weiteres weg. Diese Vorschriften haben sich im vergangenen Jahre für die Genossenschaftsfinanzen naturgemäß nicht auswirken können. Die Berufsgenossenschaft Gas und Wasser berechnet jedoch, daß sie vom 1. Januar 1932 ab eine Entlastung von rund 22 700 Mk. monatlich gebracht haben. Die Zahl der laufenden Entschädigungsfälle ist mit einem Schläge von 3878 auf 2882 gesunken. Dadurch, daß Fälle von nur 10 Proz. oder 15 Proz. Erwerbsbeschränkung künftig überhaupt nicht mehr zu entschädigen sind, tritt auch eine gewisse dauernde Einsparung an Verwaltungsarbeit ein. Die Berufsgenossenschaft hat daher eine Verringerung des Angestelltenkörpers vornehmen können. Wenn die Berufsgenossenschaft feststellt, daß im Endergebnis als Folge dieser Notverordnungsmaßnahmen der Umlagebedarf wesentlich gesenkt werden konnte, so haben wir zu sagen, daß diese im Verhältnis zum Gesamtetat gar nicht so übertragende Einsparung teuer genug erkaufte worden ist. Die Streichung der kleinen Renten wirkt sich gerade in Zeiten allgemeiner wirtschaftlicher Notlage besonders hart aus und hat eine Fülle von Erbitterung und Enttäuschungen gebracht, die man allerdings nicht in schöne runde Zahlen fassen kann.

Eine große Härte ist es auch, daß Kinderzuschüsse und Waisenrenten nicht mehr über die Vollendung des 15. Lebensjahres hinaus gezahlt werden, also auch nicht bei länger dauernder Schul- und Berufsausbildung oder Gebrechlichkeit des Kindes. Das gleiche gilt für die Vorschrift, daß die Hinterbliebenenrente im Gesamtbetrag zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes des Verletzten nicht übersteigen darf, während bisher die Grenze bei vier Fünftel lag. Auch der Kreis der Bezugsberechtigten ist beschränkt worden und es gelten z. B. Stiefkinder und Enkel nicht mehr als bezugsberechtigt.

Während die Verordnung vom 8. Dezember 1931 nur gewisse Teile der Rentenbezieher erfaßte, hat die Verordnung vom 14. Juni 1932 eine allgemeine Minderung der laufenden Unfallrenten gebracht. Diese Rentenkürzung beträgt $7\frac{1}{2}$ Proz. im allgemeinen und 15 Proz. bei den Renten für Unfälle aus der Zeit vom 1. Juli 1927 bis 31. Dezember 1931. Die Ersparnisse aus dieser Rentenkürzung belaufen sich bei der Berufsgenossenschaft Gas und Wasser auf rund 9600 Mk. monatlich. Diese Ersparnisse werden aber voraussichtlich der Berufsgenossenschaft nicht zugute kommen. Durch die Notverordnung ist nämlich vorgesehen worden, daß auf Anordnung des Reichsarbeitsministers die Entschädigungsleistungen der verschiedenen Berufsgenossenschaften für 1931 und 1932 bis zur Hälfte von den Berufsgenossenschaften gemeinsam zu tragen sind. Ebenso ist eine gemeinsame Haftung vorgesehen. Für 1931 ist allerdings eine Anordnung zu einem Ausgleich nicht ergangen.

Um den Unfallversicherten wenigstens einen gewissen ideellen Ausgleich für die Rentenkürzungen zu geben, hatte die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eine verstärkte Mitwirkung der Versichertenvertreter auf dem Gebiete der Unfallverhütung vorgeesehen. Weiterhin war bestimmt worden, daß der Gewerbeaufsichtsbeamte bei der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung ausschlaggebend mitwirken soll und daß in den technischen Aufsichtsdienst eine gewisse Anzahl von Arbeitnehmern einzustellen ist. Wie auf so vielen anderen Gebieten hat man jedoch auch hier der Öffentlichkeit Versprechungen vorgegaukelt, die nicht gehalten worden sind. Obwohl eine Inkraftsetzung dieser Vorschriften schon zum 1. Juli 1932 in Aussicht genommen war, sind diese bis heute noch nicht in Wirksamkeit getreten.

Wir fordern in Uebereinstimmung mit den zuständigen Stellen des ADGB. mit allem Nachdruck, daß die neuen Mitwirkungsbestimmungen umgehend in die Praxis umgesetzt werden. Nicht nur aus Gründen des Rechts und der Sittlichkeit müßte die Einhaltung der in der Notverordnung festgelegten Versprechungen eine Selbstverständlichkeit sein, sondern auch deshalb, weil die immer noch sehr hohen Unfallzahlen sich nur durch eine wesentlich verstärkte Mitarbeit der Arbeiterschaft und ihrer Vertretungen herabdrücken lassen. Gerade vom Gesichtspunkt der Unfallverhütung gesehen, gehen die Notverordnungsbestimmungen noch lange nicht weit genug, und es müßte Aufgabe aller wirklich weitblickenden Beamten der Berufsgenossenschaften sein, hier Schulter an Schulter mit den Gewerkschaften für eine Verbesserung zu kämpfen. Wir stellen daher mit Erstaunen fest, daß der Verwaltungsbericht der Berufsgenossenschaft



Du wirst dich nicht beschämen lassen!

**Deine selbstverständliche Pflicht:
Eine Spence für die Gefangenen-
und Verwundeten-Hilfe**

Gas und Wasser die vorgesehene Erweiterung des Mitwirkungsrechts der Arbeitnehmer als „sehr bedenkliche Neuerungen“ bezeichnet. Es sieht beinahe so aus, als ob die Herren von der Gas-, Wasser-Berufsgenossenschaft den Ehrgeiz hätten, in bezug auf sozialreaktionäre Einstellung mit den Scharfmachern von der Schwerindustrie zu wetteifern.

Wir warnen aufs dringendste davor, diesen Weg zu beschreiten, denn er müßte zu einer vollständigen Zerstörung jeder verantwortungsvollen Zusammenarbeit führen, und diese Zusammenarbeit wird in den nächsten Monaten notwendiger sein denn je. Die Berufsgenossenschaft Gas und Wasser weist selbst auf die Pläne zur Zusammenlegung von Berufsgenossenschaften hin. Die Zahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften soll von 66 auf 30 bis 40 beschränkt werden. Hierbei ist die Zuteilung der Berufsgenossenschaft Gas und Wasser zu der Gruppe „Chemische Industrie“ in Aussicht genommen. Die Berufsgenossenschaft nimmt gegen diese Zusammenlegung Stellung. Auch wir sind der Auffassung, daß die Verwirklichung dieser Absichten zu einer unabsehbaren Schädigung der Unfallverhütung und der Versorgung der Unfallverletzten in den Gas- und Wasserwerken führen müßte. Die Gas- und Wasserwerke haben ihrem ganzen Aufbau nach mit der chemischen Industrie auch nicht das mindeste zu tun. Sie sind öffentliche Versorgungsbetriebe, die mit rein privatkapitalistischen Unternehmungen niemals zusammengeworfen werden dürfen. Wir protestieren dagegen, daß man versucht, derartig umstürzende Änderungen vorzunehmen, ohne die maßgebende Arbeitnehmervertretung auch nur zu hören. In viel größerem Maße als die Betriebe und die Stadtverwaltungen werden die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke von allen Änderungen in der Unfallversicherung getroffen. Es geht nicht an, diese Menschen, die ihre ganze Arbeitskraft dem Dienste der Allgemeinheit widmen, als Gegenstände zu behandeln, mit denen verfahren werden kann, wie man will.

Karl Hauffe.

REICHS- UND STAATSARBEITER

Was Beamte nicht tun sollten

Die Beamten bei der Reichsschuldenverwaltung geben allmonatlich ein Mitteilungsblatt heraus, für das im Namen des Beamtenausschusses der Finanzinspektor Fenner zeichnet. Die Oktoberausgabe dieses „Mitteilungsblattes“ enthält unter dem Stichwort „Beamter oder Arbeiter“ eine längere Abhandlung, die sich mit den Löhnen der Reichsarbeiter und den Beamtengehältern befaßt. In dieser Mitteilung kommt der Beamtenausschuß zu der sonderbaren Feststellung, daß der Reichsarbeiter viel besser bezahlt sei als der vergleichbare Beamte. Man rechnet dann dem Reiche noch vor, daß, wenn für den Arbeiter 35 Jahre lang Sozialbeiträge gezahlt werden, damit der Betrag überschritten wird, den das Reich für einen Beamten als Pension zahlt. Schließlich kommt der Beamtenausschuß zu dem Stoßfuzer:

„Das bedeutet also, daß der Beamte einschließlich Pension und Hinterbliebenenversorgung dem Staate sogar noch billiger zu stehen kommt als der Arbeiter. Sollte dieses Resultat nicht sogar dem Herrn Spartominister zu denken geben?“

Hier wird also ganz offen der Sparkommissar aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die ohnedies schon viel zu niedrigen Löhne der Reichsarbeiter noch weiter abgebaut werden. Dabei ist dieser neidische Erguß nicht einmal dem „Geistesborn“ des Mitteilungsblattes entflohen, sondern der „Berliner Börsen-Zeitung“ entnommen, einem Organ, das sich schon seit langer Zeit krampfhaft bemüht, zu beweisen, daß die Löhne und Gehälter der in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer zu hoch sind. Daß der Beamtenausschuß der Reichsschuldenverwaltung sich diese scharfmacherische Tendenz zu eigen macht, kann nicht scharf genug geißelt werden, ganz abgesehen davon, daß die Rechnung noch nicht einmal stimmt.

Wären die Beamten in der Reichsschuldenverwaltung gewerkschaftlich organisiert und hätten sie sich einmal die Mühe gemacht, die Dinge vom allgemeinen Gesichtspunkt der Lohn- und Gehaltsfragen aus zu betrachten, dann hätten sie mehr Solidaritätsgefühl und wären wahrscheinlich nicht dazu gekommen, falsche Lehren aus der reaktionären „Berliner Börsen-Zeitung“ zu beziehen.

Etwas anderes hat sich beim Hauptzollamt in Moabit abgepielt. Dort wurde vor einiger Zeit eine Reinemachefrau neu

eingestellt. Als Garderobe wurde ihr die Telephonzentrale angewiesen, so daß sie ihre Sachen in keinem verschließbaren Raum aufbewahren konnte. Als die Frau nach mehrstündiger Arbeit die Telephonzentrale wieder betrat, um den Papierkorb zu entleeren, fand sie darin ihre in Fetzen zerrissene Mitgliedskarte der Reichsarbeitsgemeinschaft der „Kinderfreunde“ vor, die sich in ihrer verschlossenen Aktentasche befunden hatte. Bei näherem Zusehen entdeckte sie auch noch, daß das an der Innenseite ihres Mantels befestigte Eiserner-Front-Abzeichen beseitigt war. Ihr „Vorwärts“-Notizkalender war mit einem Hakenkreuz verschmiert. Da im allgemeinen die Telephonzentrale sonst von niemandem betreten werden kann, war der Verdacht sehr nahe, daß der „Reiniger“, der sich hier so sehr um das politische Glaubensbekenntnis der Reinemachefrau kümmerte, niemand anders sein konnte, als der Telephonist selbst. Zum mindesten hätte er, wenn jemand anders in der Telephonzentrale gewesen wäre, das bemerken müssen. Dem Personalchef deswegen zur Rede gestellt, hatte er allerdings nicht den Mut, sich zu seiner „revolutionären“ Tat zu bekennen.

Für unsere Beamtenkollegen, die sich zur freigewerkschaftlichen Idee durchgerungen haben, sollten diese Vorgänge ein Anlaß sein, alles daranzusetzen, daß die Beamenschaft endlich zu der Erkenntnis kommt, daß sie mit solchen Taten sich selbst am meisten schadet; denn allzu viel Respekt wird sie sich auf diese Art bei keiner Behörde, viel weniger in der Öffentlichkeit verschaffen. St.

Der Amtsschimmel wird angetrieben. Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragte Staatssekretär Lammers im Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat unter dem 7. November 1932 nachstehende Verfügung erlassen:

Der Preussische Minister Berlin, den 7. November 1932.
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.
B.-Nr. 2003.

Nach meinen Beobachtungen mehren sich die Beschwerden von Organisationen und privaten Personen darüber, daß ihre Eingaben und Anfragen entweder ganz ohne Antwort geblieben seien — in manchen Fällen trotz wiederholter Erinnerungsschreiben — oder aber die Beantwortung so spät erfolgt sei, daß sie ihren Zweck nicht mehr habe erfüllen können. Im Interesse des Ansehens des Ministeriums muß ich entscheidenden Wert darauf legen, daß solchen Klagen, denen ich eine Berechtigung nicht absprechen kann, für die Zukunft nach Möglichkeit vorgebeugt wird. Ich

Der Gaskontrollleur

Treppauf, treppab; hausein, hausaus! Mein Schicksal. Immer andere Menschen; immer neue Verhältnisse. Bei meiner Arbeit kannst du Menschenkenntnis gewinnen, und das nicht so knapp: ich bin Gaskontrollleur, ich kontrolliere die Gasuhren, ich stelle den Verbrauch an Gas fest: bei arm und reich, oben und unten! Ich bin wie ein Falke, der durch alle Wolken- und Luftschichten hindurchsiegelt — durch Regen und Sturm: dessen Ziel dennoch immer die Sonne bleibt. Trotz alledem: ich glaube an die Menschen! Wenn sie unter sich noch so sehr zerrissen und gespalten sind. Aber in jedem Herzen glimmt ein Sonnenfünkeln, zeitweilig flammt es auf — zur großen Gemeinschaft — instinktiver oder bewußter Sozialismus! Ich glaube an die Menschen, weil ich sie kenne. Der Kern alles Menschlichen ist gut — jawohl!

Der Gaskontrollleur auf seiner täglichen Reife. Heute fange ich weit draußen vor der Stadt an — bei den Fabriken. „Meun, der Gasmann, Zähler kontrollieren.“ „Gehn Se man durch“, sagt der Portier, und er raucht seine Pfeife gemütlich weiter, und er guckt in seine Zeitung — aha, „Volksfreund“, ein Mann von uns. „Freiheit!“ rufe ich — und doppelt „Freiheit!“ grüßt mich der alte graue Portier zurück. Wie eine warme Welle fließt es von Herz zu Herz.

Ich kontrolliere den Zähler der Gasuhr. Ein paar Zahlen notiert, den Deckel am Apparat wieder zu — klapps! Da schießt es wie eine Bombe auf mich zu, aus dem Büro heraus — der Herr Buchhalter, 'n talergroßes Hakenkreuz am hohen teutonischen Busen, und wie ein Stier faucht mich der Bürogehaltige an: „Hören Se mal, mit der Gasuhr kann das nicht stimmen, wir haben letztes Mal wieder so einen enormen Gasverbrauch gehabt, das kann unsere Firma gar nicht mehr aufbringen, unsere Knopffabrik, an Knöpfen wird sowieso nichts mehr verdient, alle

Welt braucht seine alten Knöpfe auf.“ Na, ich muß den Quarther befriedigen, ich gehe nochmals an den Gaszähler, ich kontrolliere zum zweiten Male, ich vergleiche die Zahlen in meinem Buch, vom letzten Monat und von heute: „Dicho, das stimmt schon, Herr Buchhalter!“ — „Nein, nein, is nicht meeglich!“ donnert er — und rumpum, is er weg, die Bürotür schlägt er mir vor der Nase zu. Wenn das Geschäft schlecht geht, dann muß ein Sünderhock da sein: und das bin ich, der arme Gaskontrollleur! Oh, du Hakenkreuzler, hol dich der Kranich!

Weiter. Die Gasuhren kontrollieren. Hausein, hausaus! Fabrik nach Fabrik! Hohe Zahlen, hoher Verbrauch. Gut, daß überhaupt noch gearbeitet wird. Sonst müßten wir im Gaswerk eine Reihe Feuer ausblasen, das gäbe wieder Druck auf die Stempelfabrik, 's sind so schon genug arme Genossen da, ja: leider die Arbeitslosen!

So, jetzt wechsle ich mein Jagdrevier. Bei den Fabriken bin ich fertig. Jetzt muß ich hinüber zur Siedlung, zu den Schwerekriegsbeschädigten. Ich gehe ein Stück über freies Feld — der Acker ist frisch umgepflügt, schwarzer duftender Boden, eine Schar Raben fliegt schreiend übers Feld, die Pappelbäume biegen sich im Sturm, Regen klatscht mir ins Gesicht, tief hängen die Wolken, schwer schieben sie sich ineinander, diese grauen Herbstwolkenherden, wie Büffel — — hu, der kalte feuchte Tag — aber mein Delrock hält mich trocken — und drüben blitzen die weißen Häuschen der Siedlung.

„Der Gaskontrollleur. Tag auch! Hoo, was für 'n Wetter.“ Gleich im ersten Häuschen kriege ich 'ne Tasse Kaffee, beim Kameraden ohne Beine, er stand bei der Artillerie vor Upern, 'ne Granate riß ihm die Beine weg. Er sitzt in einem kleinen Wägelchen, von der Küche aus rollt er mit Gummirädern mir zur Seite auf den Gang hinaus: — „Da is de Gasuhr — 's wird woll so sein wie 's letztemal.“ Hier spricht Vertrauen, Vertrauen in die

Bitte deshalb, bei der geschäftlichen Behandlung derartiger Eingänge darauf Bedacht zu nehmen, daß die Beantwortung mit tunlichster Beschleunigung erfolgt. Erfordert die endgültige Erledigung längere Zeit, so ist ein Zwischenbescheid zu erteilen.

Mit Wahrnehmung des Geschäfts beauftragt

J. B. gez. Lammerz, Staatssekretär.

Diese Mahnung an den Amtsschimmel ist nicht nur berechtigt, sondern man möchte sogar wünschen, daß in allen Ministerien und Behörden von ihr Gebrauch gemacht wird. Nur eins haben wir dabei zu bemerken. Wir glauben nicht so recht an den Erfolg dieser Verfügung, denn sie ist in einem zeitlichen Zusammenhang erlassen worden, wo man in den preußischen Ministerien alle die Beamten abgebaut hat, von denen wir erfreulicherweise sagen können, daß sie im großen und ganzen bemüht und bestrebt gewesen sind, Beschwerden — soweit sie die Arbeitnehmer in den preußischen Ministerien betrafen — möglichst umgehend zu erledigen. Hoffen wir aber trotzdem, daß die Verfügung des Herrn Lammerz auf den Amtsschimmel im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, der sich schon häufig sehr störrisch gezeigt hat, den notwendigen Eindruck nicht verfehlt.

Gemeinden und Kommunalverbände

Gigantische Zahlen. Die Stadt Berlin hat rund 7500 Straßen. Die kürzeste davon ist 25 Meter und der längste einheitliche Straßenzug 22 Kilometer lang. Die Verkehrsichte einiger Straßen Berlins geht aus folgenden Zahlen hervor: Während einer 14tündigen Beobachtungszeit verkehrten Unter den Linden am Brandenburger Tor 16477 Fahrzeuge mithin stündlich 1177 nach beiden Richtungen. Die Streckenlänge der Wasserläufe für den Schiffsverkehrsverkehr innerhalb des Weichbildes der Stadt Berlin beträgt insgesamt 185 Kilometer. Berlin hat 1096 Brücken, davon 707 für den Straßenverkehr und 389 für den Eisenbahnverkehr. Der gesamte städtische Grund- und Bodenbesitz der Stadt Berlin ohne das Straßenland beträgt 59749 Hektar (232216 Morgen), darunter 25594 Hektar (92488 Morgen) Forsten. Die Stadt Berlin besitzt 63 landwirtschaftliche Güter. Von der Gesamtbevölkerung Berlins von über 4,2 Millionen sind rund 1800000 Arbeiter, Angestellte und Beamte. Berlin hat 36 Theater mit insgesamt 40981 Plätzen, große Kabarets sind 7 mit 15361 Plätzen vorhanden. An Lichtspieltheatern gibt es in der Reichshauptstadt 395 mit 194397 Plätzen. Die Kinobesucher Berlins wurden im Jahre 1931 von 55600000 Personen besucht. Das sind einige Angaben über die Ausdehnung einer großen Stadt und deren pulsierendes Leben.

LANDSTRASSENWARTER

Freiwilliger Arbeitsdienst und Landstraßenbau. Der Zeitschrift „Der Straßenbau“ entnehmen wir folgende Mitteilungen: Der Gemeinderat in Nieder-Mendig, Kreis Mayen (Rheinprovinz), beschloß die Ausführung von Wegebau und sonstigen Tiefbauten und die Instandsetzung der Dorfstraße. — Der deutsche Volksbund Niederschlesien plant den Bau einer Autostraße nach der Hahnenkoppe, desgleichen nach der Zimmermannsbaude. — Das bayerische Staatsministerium des Innern genehmigte Straßenregulierungen im Bezirk Wasserburg. — Das Bezirksamt Fürstenefeldbruck (Oberbayern) läßt die Bezirksstraße Gröbenzell-Ofching-Ofting verbreitern und ausgestalten. Die Straße soll von 4 auf 6½ Meter verbreitert werden. — Der Gemeinderat Arenberg, Kreis Koblenz (Rheinprovinz), beschloß die Fahrbahnbefestigung der Silberstraße, Ausbau der alten Emser Straße. — Die Amtsverwaltung Losheim plant den Ausbau und die Instandsetzung von Gemeindegewegen und Wegebauten in Riemlingen und Weginstandsetzungen in Riffenthal. — Die Stadt Remagen (Rheinprovinz) plant den Bau einer Automobilstraße zum Viktorienberg bei Remagen. — Schömberg, Kreis Landeshut, plant den Bau einer Verbindungsstraße nach Friedland. — Der Kreisausschuß des Kreises Sauch-Belzig läßt die Fläminghauffee zwischen Klepsig und Jeseriger Hütte ausbessern. — Sämtliche angegebenen Arbeiten sollen im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes hergestellt werden. Dagegen müssen wir Einspruch erheben. Wir verweisen auf das Rundschreiben des Reichskommissars für den FAD, in dem ausdrücklich betont wird, daß für Arbeiten für den FAD auszuscheiden haben: „Neubau von Landstraßen. Die Pflichtaufgaben öffentlicher Körperschaften rechnen nicht zu den grundsätzlichen Arbeiten. Der Arbeitsdienst darf nicht zu einer Derringerung der Arbeitsgelegenheit auf dem freien Arbeitsmarkt führen.“ — Wir empfehlen dringend, daß unsere Mitgliedschaften sich sofort zur Wehr setzen. Man wende sich in dieser Angelegenheit sofort an die Bezirkssekretäre des ADGB.

Osterode. In der Versammlung der Kreiswegewärter am 27. November 1932 berichtete Kollege Pfizner über die Lohnverhandlungen und das Zustandekommen des Schiedsspruchs. Die Kreisverwaltung hatte eine Lohnkürzung von 84 Pf. pro Tag verlangt. Es ist ein Erfolg unseres Verbandes, daß der Lohn auf 3,50 Mk. pro Tag gehalten wurde. Dies wurde in der Aussprache von den Kollegen immer wieder hervorgehoben. Einige Dorfälle, wodurch die Kreisverwaltung sich Verstöße gegen den Tarifvertrag schuldig machte, wurden zur Erledigung dem Betriebsrat überwiesen.

Gemeinde, Vertrauen zu den Genossen im Gaswerk, und auch Vertrauen zu mir, dem Zähler, dem Aufschreiber, dem Kontrolleur von städtischen Gaswerk. „Also, adies, Genosse: und immer gut Mut!“ „Den hab' ich“, sagt der Kriegskrüppel, und innere Freude strahlt von seinem Gesicht, der Abglanz seines Herzens. Es wird mir wie Frühling in der Brust. Das ist ein Mensch, den das Schicksal nicht unterkriegt. Aber, was war sein Schicksal? War die Unvernunft der Herrschenden nicht das Schicksal des Krieges? Ja, sicher. Doch nie wieder! Und Herr von Papus? Wir müssen ihm die politische Gasuhr abstellen. Der Hebel liegt im Reichstag. Na, probieren mer mal. Licht aus!

Ein anderer Tag. Im Dillenviertel. 'n kleines schmuckes Häuschen. 'n gelbes Sandhaus mit rotem Dach. Ein Gärtchen. Ein hohes Eisengitter, die Villa ist wie ein Gefängnis, durch Gitter abgesperrt. „Scheenen gutten Murgun — der Gasmann, Zähler kontrollieren!“ „Oh“, schreit die saftige Köchin — „da muß ich schnell zu meiner Gnädigen, die hat 'n Schlüssel, die Gasuhr steht in der Speisekammer.“ — Und hier kommt die Gnädige selbst, rund und braun, wie ein fetter Leberknödel, und sie schließt die Speisekammer auf, dahinten in der Ecke steht die Gasuhr. Ich gucke, ich schreibe den Gasverbrauch in mein Buch. Fertig! — Haha, diese Speisekammer: Würste, Schinken, Eingemachtes, Äpfel und Bananen und Trauben. „Nehmen Se sich nur 'n Apfel da vom Bord“, sagt die Gnädige, „ich gebe gerne, gestern waren die von der Winterhilfe da, ich hab' ihnen zwei alte Kleider und 'n Spitzenunterrock von mir geschenkt, so sehr viel kann man heute auch nicht mehr geben, ich bin nur 'ne arme Witwe.“ — Und sie guckt mich mit heißen Augen an, wenn die Köchin nicht dabei wäre, ich glaube, die lustige Witwe gäbe mir zu dem rotwangigen Apfel auch noch 'nen Kuß. „Na, gutten Murgun.“ „Guten Tag, lieber Herr Gaskontrollleur. Hoffentlich gibt das

'nen guten Winter, keine Unruhen und Krawalle, meine Speisekammer —“

Wieder 'n anderer Kontrolltag. Heute geht der Gasmann durch die Altstadt. Da gibt es keine gefüllten Speisekammern, nur Not und Elend. 'ne hohe Mietskaserne. Im vierten Stock. 'n blaßes junges Mädchen, sie öffnet mir. „Fräulein, Gaskontrolle!“ „Oh“, sagt die Kleine, „die haben mir die Gasuhr weggeholt, seit Mutter tot ist, konnte ich nicht mehr bezahlen, ich hab' 'nen Automaten gekriegt, da muß ich 'nen Groschen reinschmeißen, aber ich hab' keinen, heute gibt es für mich keinen Kaffee.“ — Ich greife in die Westentasche, da steckt noch 'n einziger Groschen: „Hier, Fräulein, stecken Sie in 'n Gasautomaten — und scheenen gutten Murgun.“ Weiter. Der Gaskontrollleur.

Immer die Altstadt. Müde wirst du, die hohen engen Treppen. Bei 'nem ganz Bissigen, die Gasuhr — er redet was von baldiger Abrechnung, und von langen Messern redet er. — Er hat 'n Gesicht wie 'n Galgenstein, früher war er bei den Kozis, jetzt ist er „Sturmführer“ bei den Nazis. „heil Hitler“, ruft er mir nach, als ich gehe. — Ich sage gar nichts, aber ich denke: Na, du Galgenstein, das heil, das von dir und von Hitler kommt — der sozialistische Kampfgeist möge uns davor bewahren!

„Gaskontrollleur.“ „Jo.“ Die Frau ist so freundlich! Sie sprudelt wie 'ne Quelle in Worten, und 'n halb Duzend Kinder hängt ihr am blauen Rock, eins lustiger als das andere. „Jo, der Willi hat noch immer Arbeit. Er is bei die Möbelfaders. Heute fahren se 'n Klavier. Gewiß is er noch im Verband. Im Gesamt-Verband. Ich lege alle Freitag das Verbandsgeld abgezählt in die leere Reisdose auf 'm Küchenbord. Verband muß sein! Sagt der Willi auch. Gott, meine Erbsensuppe brennt an.“ „Adjüs!“ „Adjes.“ „Freiheit!“ „Freiheit!“ Ei, das Leben macht doch Spaß. Trotz alledem und alledem. Ich für meinen Teil: Ich glaube an die Menschen! Jawohl!

dm.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Abbau der Dresdener Stadtgärtnerei?

Das 12 287 Hektar große Dresden besitzt eine Gesamtgrünfläche von 223 Hektar. Die Pflanzen für die Schmuckbeete werden in einer verhältnismäßig kleinen Stadtgärtnerei herangezogen, deren Kulturlfläche in den letzten Jahren leider noch verringert worden ist. Die Gewächshäuser haben eine Glasfläche von 2200 Quadratmeter, die Mistbeetkästen von rund 1500 Quadratmeter.

Dresden war einst eine reiche Stadt, das kam auch im Blumen- und Pflanzenschmuck seiner öffentlichen Anlagen zum Ausdruck. In der Bepflanzung erfolgte ein Wechsel in kurzen Zwischenräumen. Die Bestände an dekorativem Pflanzenschmuck waren durch Stiftungen von Einwohnern noch vermehrt worden. Als im Jahre 1917 die Stadt das Lingner Schloß übernahm, wurden diese Bestände in der Gärtnerei am Taßberg untergebracht. In der Folgezeit hat aber die Stadtverwaltung sich wenig um das anvertraute Gut bemüht und sind auch nach dem Kriegsende die Pflanzen nicht wieder zum Schmuck der Anlagen verwendet worden.

Nun drohen neue Sparmaßnahmen, die aber in Wirklichkeit keine sind. Die Hälfte der Gewächshäuser soll über Winter stillgelegt werden, man will an Kohlen sparen. Im nächsten Jahre wird also noch weniger Blumen- und Pflanzenschmuck in den Anlagen zu sehen sein und auch das Rathaus dürfte nicht mehr mit Blumen bepflanzt werden. Spareifrige werden ihre Freude haben.

Doch der größte Teil der Bevölkerung, der durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung nicht mehr in der Lage ist, auswärtige Erholungsstätten aufzusuchen, wird anders darüber denken und urteilen. Und der Ruf Dresdens als eine schöne Stadt wird dahinschwimmen, mit ihm der Fremdenverkehr, von dem weite Kreise Nutzen hatten.

Allerdings spricht manches für die Annahme, daß hier unter dem Deckmantel der Sparbarkeit der Abbau eines städtischen Betriebes erfolgen soll. Wenn heute das Unternehmertum vor den Trümmern seiner Wirtschaft steht, nun aber versucht, die Schuld dem Regiebetrieb anzuhängen, so wird geflissentlich dabei verschwiegen, welche große Aufträge für die privaten Unternehmer dabei herausgesprungen sind.

Die Handelsgärtner im besonderen haben durch das gute Beispiel, das früher in den städtischen Anlagen den Einwohnern und den Besuchern der Stadt gegeben wurde, großen geschäftlichen Nutzen gehabt.

Mit dem emsig betriebenen Abbau der Regiebewirtschaftung der öffentlichen Garten- und Parkanlagen sägen sie sich den Ast selber ab, auf dem sie gut geessen haben. w.

Unfähigkeit paart sich mit Dreistigkeit

In Duisburg sind die Parteien, die den Profitinteressen dienen, ganz besonders eifrig tätig, um die städtischen Betriebe dem privaten Kapital auszuliefern. Wir berichteten über Vorgänge, die die Gartenverwaltung betrafen, schon wiederholt, im besonderen sei auf die Beilage unserer Verbandszeitung „Öffentlicher Dienst“, Jahrgang 1931, Spalte 111, verwiesen. Jetzt geht die Dreistigkeit gewisser Vertreter des Handwerks mit dem goldenen Boden so weit, daß Syndizi in Begleitung von Stadtverordneten in den städtischen Betrieben und Reparaturwerkstätten umherschneffeln und durch raffiniertes Ausfragen einzelner Arbeiter ausspionieren, wo sie mit ihren politischen Manövern und unsauberen Machenschaften von neuem einsetzen können. Als nun vor kurzem von jener Seite in der Stadtverordnetenversammlung sogar verlangt wurde, städtische Arbeiter zu entlassen und dafür den Handwerksmeistern selbst die kleinsten Reparaturen, wie das Einsetzen ausgebrochener Hakenzähne, zu übertragen, hielt es der Betriebsrat doch für angebracht, sich an den Oberbürgermeister zu wenden mit dem Ersuchen, die Spionage der Unternehmer-Syndizi in den städtischen Betrieben zu unterbinden.

Worauf die Herren mit ihren Manövern hinauswollen, lassen so manche Vorgänge deutlich genug erkennen. So wurden größere Reparaturen an Maschinen von der Gartenverwaltung handwerksmeistern übertragen. Diese erklärten aber, die Maschinen seien nicht mehr reparaturfähig und empfahlen dringlichst die Anschaffung neuer Maschinen. In der städtischen Reparaturwerkstatt aber wurden die schon demontierten Maschinen wieder in Ordnung gebracht, und sie sind heute noch im Betriebe. — Der Betriebsrat hatte also wohl recht mit seiner Auffassung, daß bei Reparaturen durch selbständige Handwerker erheblich höhere

Kosten entstehen; Beweise dafür erbrachte auch recht oft schon der städtische Fuhrpark.

Doch bleiben wir in der Garten- und Friedhofsverwaltung. Die 180 von privaten Unternehmern gepflanzten Eichen am Sittardsberg und die Platanen in Hamborn, von denen die meisten nicht gewachsen sind, sprechen deutlich für die Unzuverlässigkeit privater Unternehmer. Uns vorgelegte Photos von Rotdornbäumen, Platanen und Holundersträuchern an der Kirche in Buchholz, „verfälschten“ durch Handelsgärtner, beweisen mit photographischer Treue, daß diese Gartenbauern von gärtnerischen Arbeiten tatsächlich keine Ahnung mehr haben. Hezenbesen und ruinenhafte Holzgerüste haben die da zusammengeschnitten. Demgegenüber zeigen photographische Aufnahmen gleichartiger Bäume, geschnitten von Kollegen der städtischen Gartenverwaltung, daß diese den Sinn und Zweck dieser Arbeiten aus Berufserfahrung heraus kennen, die Dinge darum beherrschen und vor allem sich ihrer Verantwortung gegenüber Stadtgemeinde und Bürgerschaft stets bewußt sind.

Auch der jetzt verpachtete Friedhof D-Meiderich bietet nach verhältnismäßig kurzer Zeit der Pflege durch einen privaten Unternehmer jetzt einen wesentlich schlechteren Anblick als zu der Zeit, da er sich noch in städtischer Regie befand. Dabei möchten wir auch hier einmal die Frage stellen: Ist es wahr, daß der Handelsgärtner Scholl noch immer nicht die Pachtsumme gezahlt hat?

Bei dem unvernünftigen und rücksichtslosen Anrennen gegen die „Öffentliche Hand“ haben sich aber in Duisburg sowohl die Herren vom Handwerk als die vom „Gartenbau“ schon recht schlimme moralische Niederlagen geholt. Unsere Kollegenschaft aber wird in ihrem, im Interesse der Allgemeinheit geführten Abwehrkampfe nicht erlahmen und hat natürlich kein Interesse daran, etwas zur Werbung für den „Gartenbau“ zu tun, der sie brotlos zu machen trachtet. Dabei hat sie die öffentliche Meinung auf ihrer Seite, und die kurz-sichtigen Gartenbauern werden auch in geschäftlicher Beziehung das Nachsehen haben. R.

RUNDSCHAU

Die holländische Regierung lehnt Forderungen privater Baumschulen ab. Auch in Holland tritt infolge der Wirtschaftskrise der Kampf gegen die öffentliche Hand in Erscheinung. Vor kurzem hatten die Baumschulenbesitzer die Forderung auf Einstellung der staatlichen Anzuchtbetriebe für die Staatswälder gestellt. Sie wurden aber vom Landwirtschaftsminister abgewiesen mit der Erklärung: Die Gründe, die zur Einrichtung staatlicher Baumschulen geführt haben, bestehen noch immer zu Recht. Da die Jungpflanzen von den privaten Baumschulen bezogen werden, könne nicht anerkannt werden, daß durch die Unterhaltung staatlicher Baumschulen den privaten Betrieben Schaden zugefügt wird.

Eine Gewerkschaft rettete die „Gartenbau-Gesellschaft“. Im September d. J. beging die „Oesterreichische Gartenbau-Gesellschaft“ die Zehnjahresfeier ihres Wiederaufbaues nach dem Kriege. Diese Gesellschaft, einstmals von den „obersten Schichten“ der habsburgischen Monarchie begründet, stand 1922 vor dem finanziellen Zusammenbruch. Da war es der Verband der Land- und Forstarbeiter Oesterreichs, dem auch unsere Berufskollegen angehören, der ihr ein Darlehen zur Verfügung stellte und damit den Wiederaufbau ermöglichte — Es war ein anerkennenswerter Akt von Dankbarkeit, wenn der Festredner F. Kratochwill, Direktor der Gartenverwaltung Wien, diesen Vorgang gebührend hervorhob.

Unser Gärtner-Kalender 1933 hat folgenden sachlichen Inhalt: Notizkalender für jeden Tag des Jahres 1933; Wirtschaftsbuch des Arbeitnehmers; Reichsfachgruppe Gärtnerei; Park und Friedhof 1931/32; Entscheidungen im Arbeitsrecht der Gärtner; Die Gartenmeisterprüfung; Schädlingsbekämpfung im Obstbau; Uebliche Breite der Wege und Straßen; Kostenvergleich von Mitteln zur Schädlingsbekämpfung; Nährstoffgehalt der Natur- und Handelsdünger; Ein Erbbeerersuch; Rentabilitätsvergleich verschiedener Bodendesinfektionsverfahren; Gemüseanbauerfunde; Gemüsekulturtabelle für ¼ Hektar; Staubenauslese; Schöne Rosen; Rasensaat-Mischungen; Bewährte Straßenbäume; Arbeitskalender. Im vorigen Jahr war der so beliebte Taschenkalender schnell vergriffen. Darum empfehlen wir, schnell zuzugreifen und ihn anzuschaffen, um so mehr, als er nur 60 Pf. kostet.

Erfolgreiche Werber sprechen zur Mitgliedschaft

Am 12. November ist an der Bundesschule in Bernau der erste vierzehntägige Kursus für erfolgreiche Werber des Gesamtverbandes zu Ende gegangen. Die Teilnehmer an diesem Kursus haben in der letzten Werbeaktion 20 und mehr Neuaufnahmen für den Verband gemacht. Sie sind die einzigen, die einen solchen Erfolg zu verzeichnen hatten; eine Anzahl Kolleginnen und Kollegen hat an Stelle des Schulbesuches eine Buchprämie gewählt; andere mußten infolge dienstlicher Verhältnisse leider auf die Teilnahme am Kursus verzichten. Neben diesen erfolgreichen Werbern gibt es selbstverständlich Tausende von Funktionären, die vor und nach der vorjährigen Werbeaktion mit Erfolg in der Mitgliederwerbung tätig waren und die auch jetzt wieder in der großen — sechs Monate umfassenden — Werbeaktion des Gesamtverbandes ihre ganze Kraft in den Dienst der Werbung stellen. — Wir haben die Kursteilnehmer schriftlich und mündlich über ihre Erfahrungen bei der Werbearbeit befragt und wollen ihre Auffassungen hier der Mitgliedschaft unterbreiten. Der größte Teil der Werber hat uns versichert, daß sie ihre Erfolge in erster Linie in der Hausagitation erzielen konnten. Die Hausagitation sei zwar mühseliger, erfordere insbesondere mehr Freizeit; aber der Erfolg bleibe in den meisten Fällen nicht aus. Die Werbung in der Wohnung des Nichtmitgliedes könne sich zu gleicher Zeit auf die Familienangehörigen erstrecken. Hier liege sehr oft ein ziemlich starker Widerstand gegen den Beitritt des Betriebskollegen zur Organisation. Die Frauen seien vielfach überhaupt nicht oder nur mangelhaft über die Leistungen des Verbandes, insbesondere auf dem Gebiet des Unterstützungswesens unterrichtet. Die Kollegen berichteten, daß oftmals eine Darstellung des Unterstützungswesens der Organisation genügt habe, um die Widerstände zu beseitigen oder die Bereitwilligkeit zum Beitritt in die Organisation zu wecken.

Als erste Voraussetzung für erfolgreiche Agitation im Betrieb wird die Schaffung eines gut zusammenarbeitenden Vertrauensmännerkörpers bezeichnet. So berichtet ein Kollege, der seine Erfolge in erster Linie der Agitation im Betrieb verdankt, folgendes: „In meinem Betrieb waren von 600 Beschäftigten etwa 80 Kollegen Mitglied unseres Verbandes. Falscher Standesdünkel, von der arbeitgebenden Verwaltung begünstigt, hielt die Kollegen in dieser großen Zahl ab, zu unserer Organisation zu kommen. Unsere Dienstzeit und die Dienstenteilung waren sehr unregelmäßig. Versuche, als einzelner gegen die betrieblichen Mißstände anzukämpfen und die Kollegen für die Organisation zu gewinnen, blieben erfolglos. Deshalb schuf ich mir einen kleinen Kreis von Mitstreitern. Wir konnten in gemeinsamer Arbeit erreichen, daß die Dienstpläne einigermaßen zufriedenstellend geregelt wurden und gewannen so allmählich das Vertrauen der übrigen Belegschaft. Wir verstärkten dann, unsere Aktivität insbesondere durch den Besuch der gegnerischen Versammlungen. Immer wieder betonten wir vor den Ohren der Unorganisierten und Falschorganisierten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in unserer Gewerkschaft. Der Erfolg dieser systematischen Arbeit blieb nicht aus.“

Ein anderer Werber hatte folgende Methode angewandt: Er hat eine Anzahl Broschüren, Zeitschriften, Verbandszeitungen und Zeitungsausschnitte, nach Sachgebieten — Wirtschaft, Recht, Sozialpolitik und anderes — getrennt, in Mappen zusammengefaßt und diese Mappen dann in den Aufenthaltsräumen während der Pausen ausgelegt. Auch illustrierte Blätter und Zeitschriften waren den Mappen beigelegt. Die Folge war eine eifrige Durchsicht und Besprechung des Materials durch und mit Unorganisierten. Der Kollege verdankt dieser Methode mehr als 20 Neuaufnahmen für den Verband und empfiehlt sie, wo es möglich ist, zur Nachahmung. Die Ortsverwaltungen und Funktionäre haben immer geeignete Zeitschriften und Broschüren für diesen Zweck zur Verfügung. Selbstverständlich muß der Inhalt dieser Mappen aktuell gehalten sein und von Zeit zu Zeit ausgewechselt werden.

Alle Werber empfehlen uns, den Unorganisierten bei der Betriebs- und Hausagitation stets die Frage vorzulegen: „Warum gehörst Du dem Verband nicht, oder nicht mehr, an?“ Wer erfolgreich werben will, so sagen sie, müsse alle Gründe kennen, die den Betriebskollegen abhalten, Mitglied der Organisation zu sein, um sich nach Darlegung der Gründe mit den abseits stehenden Kollegen auseinanderzusetzen zu können.

Ein junger Kollege (20 Jahre), der in einem Vierteljahr 54 Neuaufnahmen gemacht hat, schildert seine Erfahrungen bei der Werbearbeit wie folgt: „Wer erfolgreich werben will, muß selbst über eine große Portion Wissen verfügen, ferner genau über unseren Verband und seine Einrichtungen unterrichtet sein und auch über seinen Betrieb Bescheid wissen. Die Kenntnisse des Werbers über den Verband, den Betrieb und das Allgemeinwissen bestimmen die Unorganisierten, zu ihm ein ganz bestimmtes Vertrauen zu bekommen. Die Betriebsgenossen treten dann in allen Fragen um Rat und Auskunft an ihn heran. Kommt ein Unorganisierter und wünscht in einer Rechtsfrage Auskunft, dann kann man ihn darauf verweisen, daß bei unserer Organisation eine Rechtschutzabteilung besteht oder daß er über diese schwierige Rechtsfrage Auskunft in der nächsten Verbandsversammlung erhalten kann. Man muß die Unorganisierten immer wieder danach fragen, was sie in Notfällen des Lebens für eine Hilfe haben, sei es im Falle der Krankheit, eines Sterbefalles, eines Todesfalls in der Familie, bei Streiks oder Lohnbewegungen usw. Wenn die Kollegen darauf verweisen, daß der Beitrag zu hoch ist, dann habe ich sie immer wieder gefragt, ob sie nicht daran dächten, daß ohne Organisation und ohne Gewerkschaftsbeitrag der Lohn sicher noch geringer sei als er heute schon ist. Jüngere Betriebskollegen, die öfter bei den älteren nicht das notwendige Verständnis gefunden haben, habe ich unter meinen besonderen Schutz genommen, und so haben sie gefühlt, daß die Organisation es ist, die ihnen durch ihren Vertrauensmann den notwendigen Beistand leistet.“

Gleiche Methoden haben andere Kollegen angewandt; aber als diese nicht zum Erfolg führten, wurde den Unorganisierten die Freundschaft aller organisierten Kollegen aufgekündigt. Vielfach genügte eine ganz kurze Spanne Zeit, um die nunmehr insbesondere auch außerhalb des Betriebes isolierten Kollegen von selbst zu bewegen, durch Beitritt zum Verband sich wieder den Kreisen gleichgesinnter Kollegen anzuschließen.

Ohne Ausnahme wird von allen Werbern gesagt: Die größten Widerstände gegen die Gewerkschaften sind von der KPD und RGO. aufgetürmt worden. Die Werber müssen sich bei den Indifferenten immer wieder mit den kommunistischen Schlagworten auseinandersetzen. Die leichtfertige Kampfesweise der KPD. hat die Indifferenten über die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Befreiungskampfes so stark getäuscht, daß man bei vielen Unorganisierten annehmen kann, daß sie daran glauben, die Schuld an den derzeitigen mißlichen Verhältnissen liege lediglich am Willen der Gewerkschaften. Die Schwierigkeiten gegen die Beitragshöhe werden nicht zuletzt auf die billigen Beiträge der RGO. zurückgeführt. Die Kollegen Werber erklären: Man kann diesen Argumenten gegen die Gewerkschaften, die Bonzen und die Beiträge am besten entgegentreten mit den eigenen Leistungen unserer Organisation und der ständigen Gegenfrage an die Unorganisierten: „Was haben die RGO. und KPD. bislang anderes für euch als Resolutionen geleistet?“ Dem Unorganisierten muß immer wieder gesagt werden, daß die Einheitsfront der Gewerkschaften durch die von der KPD. gebildete RGO. erst zerschlagen worden ist.

Die Erfolge der letzten Werbeaktion werden nicht zuletzt auf den Beschluß des Vorstandes zurückgeführt, den wieder eintretenden Kollegen nach einjähriger Mitgliedschaft die vollen geleisteten Beiträge anzurechnen. Die Kollegen warnen aber auch davor, ein solches Entgegenkommen auf einen zu langen Abschnitt auszuweihen und allzu schnell und oft zu wiederholen. Diese Methode führe sonst zu einer Bestrafung der organisierten Kollegen und lockere die Stetigkeit, die in der Organisation unbedingt erforderlich ist. — Noch eine Reihe weiterer Erfahrungen würde uns vermittelt, mit der Bitte, sie der gesamten Mitgliedschaft zugänglich zu machen. Sie können leider in diesem Aufsatz nicht alle berücksichtigt werden. In den 14 Tagen des Kursus war es möglich, einmal das Wissen der Kollegen auf dem Gebiet der Sozialpolitik, des Arbeitsrechts und der Wirtschaftspolitik sowie des allgemeinen Gewerkschaftslebens zu bereichern; auf der anderen Seite haben die schriftlichen Arbeiten und mündlichen Ausprachen über die Erfahrungen in der Werbearbeit uns manchen Fingerzeig gegeben. Jedenfalls gibt es, in dieser ersten Zeit erst recht nicht zu verzagen, sondern durch die geeinte Kraft in der Organisation zu kämpfen für die Befreiung der gesamten arbeitnehmenden Klasse von den Fesseln des Kapitalismus.

Reuter.

VERBANDSTEIL

Bekannmachung des Verbandsvorstandes

Der Verbandsbeirat hat während seiner 5. Tagung (18. bis 20. November 1932) folgende Verbandskörperschaften neu gewählt:

1. Verbandsvorstand.

a) Geschäftsleitung (besoldete Vorstandsmitglieder):

Anton Reißner, Vorsitzender	Josef Orlopp (Reichsabtlg. A)
Otto Becker, Vorsitzender	Wilh. Kemptner (Reichsabtlg. A)
Carl Polenske, Vorst.-Sekretär	Ferd. Bender (Reichsabtlg. B)
August Reib, Hauptkassierer	David Stetter (Reichsabtlg. B)
Emil Dittmer, Hauptschriftl.	Otto Schreiber (Reichsabtlg. C)
P. Schulz, Tarif- u. Betr.-Rätefchr.	Franz Glöckl (Reichsabtlg. C)
Julius Scherff (Beamtensekret.)	Herm. Rudolph (Reichsabtlg. D)

b) Ehrenamtliche Mitglieder des Verbandsvorstandes:

Paul Hepprich, Hoch- u. Tiefbau	Heinrich Eiffert, Reichsbetriebe
Max Krause, Straßenreinigung	Rudolf Ducalka, Einzelhandel
Josef Kuchenbecker, Park und Friedhof	Ewald Eipel, Handel
Otto Simsch, Gaswerke	Otto Borchardt, Transport
Otto Elchner, Elektrizität	Hans Flieger, Straßenbahn
Fritz Kamin, Wasserwerke	Max Hesse, Luft- u. Kraftfahrt
Willi Dollberg, Gesundheitsw.	Alfred Westmann, Reichspost
Max Gillemeister, RDK.	Otto Habermann, Binnenschiffer
	Elisab. Faulwasser, Hausangest.

Die Adresse des Vorstandes ist Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1/2.

2. Revisionskommission:

Vorsitzender: Walter Heidemann, Berlin-Baumschulenweg, Kieffholzstr. 245. Stellvert. Vorsitzender: Otto Kammermeier, Berlin; Schriftführer: Hermann Henn, Berlin; Beisitzer: Paul Krause, Berlin.

3. Verbandsauschuß:

Vorsitzender: Arnold van Riesen, Hamburg, Conventstraße 44. Stellvert. Vorsitzender: Wilhelm Römpage, Hamburg; Beisitzer: Max Jäger, Otto Casper, Henry Rähmann, Hugo Schulz, sämtlich in Hamburg.

53. Beitragswoche für 1932

Für das Jahr 1932 ist die 53. Beitragswoche fällig. Die Zahlung der 53. Beitragswoche durch alle Verbandsmitglieder ist schon deshalb erforderlich, weil auch für diese Beitragswoche die jahrgemessene Verbandsunterstützung gezahlt wird. Der Verbandsvorstand.

Umwandlung unserer Presse ab 1. Januar 1933

Infolge der Zusammenlegung unserer Reichsabteilungen hat sich die Notwendigkeit ergeben, wieder eine Umstellung unserer Verbandspresse vorzunehmen. Die „Gewerkschaft“ erscheint ab 1. Januar 1933 in drei Ausgaben. Die „Beamten-Gewerkschaft“ fällt weg.

Ausgabe A behandelt die Fragen der Gemeindegewerkschaften (einschließlich Gas, Wasser, Elektrizität), Landstraßenwärter, Gärtner und Gärtnereiarbeiter sowie der Straßenbahner.

Ausgabe B (die heutige Ausgabe B wird Ausgabe C) behandelt in Zukunft die Fragen von Post und Telegraphie, der Reichs- und Staatsarbeiter sowie der Reichs- und Staatsbeamten und -angestellten einschließlich der Steuer- und Zollbeamten.

Ausgabe C (seither Ausgabe B) ist für Handel, Transport und Kraftfahrer sowie Schiffahrt und Wasserbau. In diesem Organ werden ferner behandelt die Fragen der privaten Theater, Kinos und Varietés.

Der Bezieherkreis der Zeitschrift „Der Kommunalbeamte“ und der „Hausangestellten-Zeitung“ erfährt keine Änderung. Diese Organe bleiben unverändert. Auch in der fachtechnischen Presse tritt keine Änderung ein.

Wir bitten alle Filialverwaltungen, insbesondere aber die Zeitungsverteiler, Beitragskassierer und sonstigen Gruppen- oder Einzelbezieher und -verteiler, die Redaktion und Expedition nach besten Kräften zu unterstützen, damit die Umstellung sich ohne erhebliche Schwierigkeiten vollzieht.

Die Hauptschriftleitung.

UNSERE JUGEND

Hauptversammlung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände

Am 23. November tagte im Rathaus zu Soest die diesjährige Hauptversammlung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände. Der Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers Hermann Maack ließ erkennen, daß diese Spitzenorganisation der Jugendverbände aller Richtungen auch im vergangenen Jahre einen weiteren Ausbau erfahren hat. Von Bedeutung für die Arbeit der Jugendverbände dürfte auch die Auflösung des Preussischen Wohlfahrtsministeriums, das bisher der Förderung der Jugendpflege einen verhältnismäßig breiten Raum in seiner Arbeit eingeräumt hatte, werden, doch läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, wie sich die künftige Regelung der Jugendpflege in Preußen gestalten wird. Den Kernpunkt der Hauptversammlung bildete eine eingehende Aussprache über die Erfahrungen der Jugendverbände mit dem freiwilligen Arbeitsdienst. Klagen wurden insbesondere darüber geführt, daß die Prüfung der Arbeitsprojekte durch die Bezirkskommissare vielfach ausschließlich nach der wirtschaftlichen Seite hin erfolgt. Hier liegt die Gefahr für eine bedenkliche Entartung des Arbeitsdienstes, vor der die deutschen Jugendverbände nicht deutlich genug warnen können. — Dann folgte eine Aussprache über das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung. Auf Anregung des Vorstandes beschloß die Hauptversammlung einstimmig, die Stellungnahme zum Reichskuratorium den einzelnen angeschlossenen Mitgliederverbänden zu überlassen.

Fahrpreisermäßigung für Jugendfahrten

Im April dieses Jahres hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft auf Antrag der Jugendverbände die Teilnehmerzahl zur Erlangung der fünfzigprozentigen Fahrpreisermäßigung von zehn auf sechs herabgesetzt. Diese Bestimmung sollte bis zum 31. Oktober Geltung haben. Wir sagten damals schon, daß die Verlängerung der Herabsetzung dringend erwünscht sei. Erfreulicherweise hat die Reichsbahn den erneuten Anträgen zugestimmt. Für das Jahr 1933 gilt daher folgende Regelung:

1. Der halbe Fahrpreis ist mindestens für sechs Erwachsene zu zahlen.
2. Zugelassen mit gleicher Ermäßigung ist für fünf bis neun Jugendliche ein Führer und für je weitere neun Jugendliche, auch wenn diese Zahl nicht voll erreicht ist, noch ein Führer.

Die volle Ausnutzung der fünfzigprozentigen Fahrpreisermäßigung ist also gewährleistet bei einer Mindestteilnehmerzahl von fünf Jugendlichen und einem erwachsenen Führer.

Aus unserer Bewegung

Gera. In der Generalversammlung am 17. November referierte Stadtrat Drechsler. Ausgehend von dem Ursprung der jetzigen Wirtschaftskrise schilderte er, wie von reaktionärer Seite auf die Bestellung des Staatsbeauftragten hingearbeitet werde, um die bisherige Arbeit der Einkommensminderer in Gera in Miskreb't zu bringen und ihr entgegenzuarbeiten. Kollege Drechsler führte an, was alles dem Staatsbeauftragten zum Opfer fiel. Anstatt nach genauer Umsicht über die Verhältnisse in Gera und mit Vernunft und Verstand die Aufgabe zu lösen, ging er wahl- und planlos an die Arbeit heran. Er strich die Mittel für die Leise- und Wärmehalle. Er hob die 40-Stunden-Woche auf und führte die 48-Stunden-Woche ein, dadurch wurde ein erheblicher Teil Arbeiter entlassen. Alle Angestellten wurden gekündigt und von dem übrigbleibenden Personal wurden Überstunden verlangt. Die Beschäftigung der Fürsorgeberechtigten wurde in der unerträglichsten Weise ausgenutzt. Verbilligte Bäder für Erwerbslose wurden gestrichen, wohl deshalb, weil sich einmal ein wohlhabender Herr geäußert hat, er sei schon 69 Jahre alt, ohne gebadet zu haben. So wurde ein Stein nach dem anderen des sozialistischen Aufbaues entfernt. Kollege Drechsler ermahnte die Kollegen zur tatkräftigen Mitarbeit gegen Reaktion und Willkür. — Zum Tätigkeitsbericht führte Kollege Maack aus, daß dieser ebenfalls unter dem ungünstigen Stern der Maßnahmen des Staatsbeauftragten stand. Planlose Kündigungen und Abbau der bisherigen vertraglichen Rechte führten dazu, daß innerhalb kurzer Zeit 30 Klagen vor dem Arbeitsgericht angestrengt werden mußten, wovon noch 23 ihrer Erledigung harren. Die Tarifverhandlungen mit dem

Reußischen Theater führten zum Abschluß eines neuen Vertrages mit Aufrechterhaltung des Urlaubs und Bezahlung unvermeidlicher Ueberstunden. Durch die vermehrte Erwerbslosigkeit verminderte sich die Beitragseinnahme. Die Einnahme betrug mit dem Kassenbestand 18 315,51 Mk., davon mußten an die Hauptkasse 3165,83 Mk. in bar abgeführt werden und 4579,14 Mk. wurden zu Lasten der Hauptkasse für Unterstüßungen verausgabt. Die Lokalkasse hatte eine Ausgabe von 5777,97 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 1488 männliche, davon 222 Erwerbslose. Zum Schluß wies Kollege Maas noch auf die Werbeaktion hin und bat, alles daranzusetzen, um unsere Organisation zu stärken, damit sie widerstandsfähiger der Wirtschaftskrise entgegentreten kann.

Großenhain. In der Generalversammlung am 26. November referierte Kollege Naumburger, Dresden, über „Der Gesamtverband“. Anschließend folgte die Ehrung einer Anzahl Kollegen, die seit 25 bis zu 44 Jahren gewerkschaftlich organisiert sind. Den Schluß des Abends bildete ein interessanter Lichtbildvortrag „Der Schwarzwald“.

Halle a. d. S. Ueber die Lehren des Berliner Verkehrstreiks referierte Kollege Kemptner, Berlin, in einer Versammlung der Verbandsfunktionäre. Er schilderte die Lohnverhandlungen vor dem Streik und die von den Nazis und Kommunisten provozierte Arbeitsniederlegung. 2500 Opfer liegen jetzt arbeitslos auf dem Straßenpflaster, und die Sondergerichte gehen mit drakonischen Strafen gegen alle an Terrorakten Beteiligten vor. Die Lehre sei, daß in den Betrieben ein so starkes Organisationsverhältnis geschaffen werden müsse, daß die Führung von Wirtschaftskämpfen nach bewährten gewerkschaftlichen Grundsätzen erfolgen könne. Bei Beurteilung der Aussicht von Arbeitskämpfen muß man nach den letzten Erfahrungen damit rechnen, daß große Belegschaften aus den Betrieben gehen werden, wenn die Aufforderung dazu erfolgt. Das bedeutet für die Führer solcher Bewegungen ein verdoppeltes Maß von Verantwortung, was den Drahtziehern des Berliner politischen Streiks fehlte. — In der Diskussion sprach Braunsch (Handels- und Transportgewerbe), der die Berliner Vorgänge durch die kommunistische Brille betrachtete. Nach Ausführungen von Ferchlandt (Ortsverwaltung) und Frau Lehmann (Handels- und Transportgewerbe) sprach Seelig (Sektionsleiter der Fachgruppe Straßenbahner). Er erklärte, daß die Kollegen in Halle Erfahrung über Verkehrstreiks in ausreichendem Maße gesammelt haben. Mit der unehrlichen Haltung der Nationalsozialisten hätte von vornherein gerechnet werden müssen. Die Haltung der Kommunisten in gewerkschaftlichen Fragen, ihr ständiges „heraus aus den Gewerkschaften!“ wechselt ab mit „hinein in die Gewerkschaften!“, was zur völligen Verwirrung der Arbeiterschaft führt. Die Folgen erleben wir heute. Im Schlußwort ging Kemptner noch einmal auf die politischen Voraussetzungen des Streiks ein und schilderte die fanatische Streikhege der Nazis. Jetzt hat Hitler den Schwerindustriellen gelobt, daß nicht mehr getreikt werde. Die Brüderlichkeit zwischen RGO. und NSBO. ist daher nur von kurzer Dauer gewesen. Der Redner rechnete dann mit aller Deutlichkeit mit den politischen Quertreibern ab. Er forderte auf, sich der Aenderung der politischen Verhältnisse bewußt zu sein und daraus die Lehre für den Freiheitskampf der Arbeiter zu ziehen. Die Anwesenheit von Vertretern der führenden Gewerkschaften und der Reichstagsfraktion gab dem Abend seine besondere Note. Kollege Thiem schloß die Versammlung mit einem Appell an alle Anwesenden, die Erfahrungen und Lehren des heutigen Abends zu verstärkter Werbetätigkeit zu verwenden.

Hirschberg. In der Dierteljahrsversammlung am 25. November gab Kollege Leuchtenberger den Kassenbericht. Der Bericht weist eine starke Minderung der Einnahmen auf durch die Lohnsenkungen der letzten Zeit. Durch außergewöhnliche Sparmaßnahmen in der Verwaltung war es möglich, einen kleinen Kassenbestand zu halten. Der Mitgliederbestand von rund 1200 ist durch gleiche Zu- und Abgänge geblieben. Der Tätigkeitsbericht umfaßte die Verhandlungen, die sich aus den Tarifkündigungen von seiten der Arbeitgeber ergaben. Bei den Gemeindefabrikanten trat so eine geringe Verschlechterung im Manteltarif ein. Bei der Hirschberger Gasbahn wurde das Krümpersystem eingeführt. Die Kollegen nahmen hier Opfer auf sich, um 17 Kollegen den Arbeitsplatz zu erhalten. Die Arbeitgeber der Gruppe Handel und Spedition kündigten ebenfalls die Tarifverträge, um Änderungen durchzuführen. Auch die Kollegen im Konsumverein mußten eine Kürzung der Löhne in Kauf nehmen. Ueber die Werbeaktion des Gesamtverbandes in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 31. März 1933 referierte ebenfalls Kollege Leuchtenberger. Er gab einen Rückblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, die uns zum schärfsten Kampf gegen Reaktion und Kapitalismus zwingen. Aufgabe jedes Kollegen ist es, Sauberheit und Gleichgültigkeit auch der organisierten Kollegen zu brechen und jeden unorganisierten Kollegen der Organisation zuzuführen. Nur Einigkeit macht stark und nur Geschlossen können wir dem Sozialismus zum Siege verhelfen. Den Schluß der Versammlung füllten organisatorische, örtliche und allgemeine Fragen aus.

Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

Das Kabinett Schleicher wurde in folgender Zusammensetzung am 3. Dezember durch den Reichspräsidenten bestätigt. Reichskanzler und Reichsmehrminister: Schleicher. Reichsinnenminister: Dr. Bracht. Reichsarbeitsminister: Geheimrat Dr. Syrup. Reichsaußenminister: v. Neurath. Reichsfinanzminister: Graf Schwerin v. Krosigk. Reichsjustizminister: Dr. Gürtner. Reichsverkehrsminister: Eltz v. Rübena. Reichsernährungsminister: Freiherr v. Braun. Reichswirtschaftsminister: Dr. Warmbold. Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung: Dr. Gereke. Reichsminister ohne Geschäftsbereich: Popitz.

Der Lebenshaltungsindex betrug im Durchschnitt des Monats November 1932 118,8 gegenüber 119,0 im Vormonat. Die Indexziffer für Ernährung ist um 0,1 Proz. auf 109,5, für Wohnung um 0,2 Proz. auf 121,4, für Bekleidung um 0,6 Proz. auf 113,2, für sonstigen Bedarf um 0,1 Proz. auf 164,0 zurückgegangen. Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung hat sich um 0,3 Proz. auf 136,4 erhöht.

Der badische Landesparteitag der Sozialdemokratie hat am 28. November beschlossen, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion gegen das Konkordat stimmt. Die Landtagsfraktion hat sich diesem Beschluß gefügt.

Der badische sozialdemokratische Staatsrat und stellvertretende Innenminister Rückert ist zurückgetreten. Damit ist die Sozialdemokratie aus der badischen Regierung, der sie 14 Jahre lang ununterbrochen angehörte, ausgeschieden.

Walter Bullerjahn, der 1925 wegen angeblichen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, mußte, nachdem er fast die Hälfte der Strafe verbüßt hatte, im Wiedernahmeverfahren vom Reichsgericht am 3. Dezember wegen Mangel an Beweisen freigesprochen werden. Bullerjahn war ein Opfer nationalistischer Hetze.

Die Gemeindevahlen in Thüringen haben bei sehr schwacher Wahlbeteiligung den Nationalsozialisten im Durchschnitt 22,5 Prozent, den Sozialdemokraten 15,8 Proz. und den Kommunisten 15 Proz. Verluste gebracht.

Der sozialdemokratische Parteitag findet auf Beschluß des Parteivorstandes in der Woche vom 12. bis 19. März 1933 in Frankfurt a. M. statt.

Der Danziger Volkstag hat in der dritten Lesung auf kommunistischen Antrag das Ermächtigungsgesetz vom 1. Dezember mit 40 Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialisten, Kommunisten und Polen gegen 32 Stimmen aufgehoben.

Die neue belgische Kammer besteht aus 79 Katholiken (+3), 24 Liberalen (-4), 73 Sozialisten (+3), 8 flämischen Nationalisten (-2), 3 Kommunisten (+2), insgesamt 187 Abgeordneten.

Der amerikanische Gewerkschaftskongreß hat am 29. November eine Entschließung angenommen, in der er unter Beibehaltung der gegenwärtigen Löhne die 30-Stunden-Woche fordert.

WEIHNACHTSGESCHENKE
aus Ihrem Konsumverein



Eau de Cologne

Lavendelwasser

Toiletteessig

Birkenwasser

Eis-Kopfwasser

alles billig und gut

